



# Integration Geflüchteter in groß- und kleinstädtischen Räumen in NRW

Zugang zu Wohnung, Arbeit  
und Kontakten



Francesca Adam, Stefanie Föbker, Daniela Imani, Carmella Pfaffenbach,  
Günther Weiss, Claus-C. Wiegandt

#### Auf einen Blick

- Der lokale Kontext hat wesentlichen Einfluss auf Integrationsprozesse. Sowohl großstädtische als auch kleinstädtische Räume bieten Potenziale.
- In einer wachsenden Großstadt finden Geflüchtete oft nur über persönliche Kontakte preisgünstigen Wohnraum. Der großstädtische Arbeitsmarkt hingegen bietet vielfältige Zugangsmöglichkeiten.
- In Kleinstädten konnten Geflüchtete oft direkt in Wohnungen untergebracht werden. Mittlerweile ist der Markt auch hier zum Teil angespannt. Der Arbeitsmarkt bietet zwar weniger Möglichkeiten, der Zugang ist aber durch persönliche Kontakte oft leichter.

#### Ausgangslage

Seit 2015 vergeht kaum ein Tag, ohne dass in Polit-Talkshows, in sozialen Medien oder politischen Gremien über die Zuwanderung und Integration Geflüchteter debattiert wird. Hierbei rücken in jüngerer Zeit zunehmend Fragen einer langfristigen Integration in den Mittelpunkt. Neben dem Erlernen der Sprache, der Vermittlung von Wohnraum, dem Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geht es auch um Kontakte zur Aufnahmegesellschaft. Darüber hinaus haben Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts enorm an Bedeutung gewonnen.

Die Geflüchteten wurden auf Städte und kreisangehörige Kommunen verteilt, die sich nicht nur im Hinblick auf ihre Größe unterscheiden. Großstädtische und kleinstädtische Räume zeichnen sich auch durch unterschiedliche Strukturen in der Bevölkerung (Existenz von sog. ethnischen Communities) und auf dem Arbeitsmarkt aus. Hinzu kommen die verschiedenen Vorgehensweisen in der kommunalen Integrationspolitik und die unterschiedlichen Verfahren bei der Flüchtlingsaufnahme. Es ist davon auszugehen, dass diese spezifischen lokalen Bedingungen auf den Verlauf der jeweiligen Integrationsprozesse Einfluss haben. Unser Forschungsprojekt zielte daher darauf ab, die tatsächlichen Chancen und Barrieren bei der Integration Geflüchteter unter verschiedenen lokalen Bedingungen der Aufnahmegesellschaft zu untersuchen und somit ein differenzierteres Bild der Bedeutung unterschiedlicher lokaler Kontexte zu ermöglichen.

#### Methodisches Vorgehen

Vor diesem Hintergrund wurden die Integrationsprozesse Geflüchteter in zwei unterschiedlichen lokalen Kontexten in Nordrhein-Westfalen untersucht: in einer Großstadt und in einem Landkreis mit Klein- und Mittelstädten. Jeder Kontext wird durch eine Fallstudie repräsentiert: durch die Stadt Köln und durch den Kreis Heinsberg (vgl. Abb. 1).



**ABB. 1**  
Die Untersuchungsräume



Grundsätzlich wird der Verlauf der Integrationsprozesse sowohl von den Geflüchteten selbst als auch von der Ankunftsgesellschaft gestaltet. Daher wurden in dem Projekt die Möglichkeiten und Hindernisse des Einlebens aus der Sicht beider – der Geflüchteten und der Vertreter\_innen der Aufnahmegesellschaft – untersucht. In Anlehnung an die Dimensionen der Sozialintegration von Esser<sup>1</sup> wurde der analytische Schwerpunkt unter anderem auf die Arbeits- und Wohnsituation sowie auf die sozialen Beziehungen der Geflüchteten gelegt.

Zur Erfassung der Perspektive der lokalen Akteur\_innen führten wir zwischen Oktober 2016 und Juni 2017 insgesamt 29 Experteninterviews mit Vertreter\_innen der Kommunen und des Kreises, der Stadtgesellschaften sowie der Landesebene. Die Interviewpartner\_innen wählten wir aufgrund ihrer beruflichen/ehrenamtlichen Tätigkeit und Zuständigkeit im Integrationsprozess von Geflüchteten. Zudem führten wir zwischen März und November 2017 insgesamt 41 Interviews mit Geflüchteten, in welchen wir über ihre Erfahrungen in Köln und im Kreis Heinsberg, ihren Alltag, ihre Wohn- und Arbeitssituation sowie über persönliche Kontakte und Beziehungen sprachen.

Im Verlauf des Forschungsprojektes fanden drei Workshops statt – ein Workshop mit befragten Expert\_innen (06/2017) und einer mit befragten Geflüchteten (11/2017) –, wo unsere ersten Ergebnisse mit Vertreter\_innen beider Gruppen diskutiert wurden. Zudem wurden die Ergebnisse im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) (02/2018) in Düsseldorf vor Mitarbeiter\_innen aus verschiedenen Bereichen des Ministeriums vorgestellt.

## Ergebnisse: Wohnen

In Köln gibt es bereits seit dem Jahr 2004 Leitlinien zur Unterbringung Geflüchteter – allerdings konnten diese aufgrund der hohen Zuweisungszahlen nicht umgesetzt werden, sondern mussten entsprechend den neuen Bedingungen angepasst werden. Die allgemeine politische Leitvorstellung, nämlich das Ziel der dezentralen Unterbringung in Wohnungen, wurde jedoch nicht infrage gestellt. Im Gegensatz dazu gab es im Kreis Heinsberg in jüngerer Zeit vor 2015 keine nennenswerte Zuwanderung von Geflüchteten und entsprechend auch keine Überlegungen zu ihrer Unterbringung. Dadurch waren die Gemeinden im Kreis zum Teil nicht auf ihre Pflichtaufgabe der Unterbringung Geflüchteter vorbereitet. Die Gemeinden entwickelten daher, zum Teil unter hohem Druck, individuelle Lösungen, die überwiegend auf eine dezentrale Unterbringung ausgerichtet waren. Aufgrund von Leerständen kommunaler und privater Wohnungen konnten einige Gemeinden die Geflüchteten von Anfang an in Wohnungen unterbringen. Mittlerweile sind diese Reserven jedoch verbraucht, so dass der Wohnungsmarkt in beiden Fallstudien angespannt ist, was den Übergang in den Wohnungsmarkt erschwert. So werden Integrationsprozesse verzögert, weil Geflüchtete zum Teil auch noch nach Jahren in Gruppenunterkünften leben. Speziell die Großunterkünfte in räumlichen Randlagen erweisen sich als Hemmnis für die Integration.<sup>2</sup> Diese Lagen erschweren die Erreichbarkeit von Alltagsinfrastruktur, von Sprachkursen und Arbeitsplätzen, sowie die Entwicklung von Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft und zu möglicherweise bestehenden lokalen ethnischen Gemeinschaften.<sup>3</sup>

Insbesondere auf dem sehr angespannten Kölner Wohnungsmarkt spielen soziale Netzwerke bei der Wohnungssuche eine wichtige Rolle. Dazu gehören sowohl Beziehungen zu Freund\_innen und Verwandten als auch Kontakte zwischen Flüchtlingen und der lokalen Gesellschaft (z. B. Willkommensinitiativen, Berater\_innen in Flüchtlingsinformationszentren und Sprachlehrer\_innen). Mit der Einführung der Wohnsitzauflage werden hilfreiche Kontakte jedoch auf lokale Bindungen beschränkt. So können Flüchtlinge beispielsweise nicht von sozialen Beziehungen zu Familie oder Freund\_innen profitieren, die in anderen Teilen Deutschlands leben.

## Ergebnisse: Arbeitsmarktzugang

Insgesamt bietet der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Köln ein differenzierteres und breiteres Angebot als im Kreis Heinsberg. Hier stehen Geflüchtete zudem vor der Herausforderung, dass das ÖPNV-Angebot häufig nicht ausreicht, Arbeitsangebote in entfernteren Gemeinden tatsächlich zu erreichen.



In beiden Untersuchungsräumen erfolgt der Zugang zum Arbeitsmarkt über Praktika, Mini-Jobs oder Ausbildungen. Die Informationen über diese Angebote werden meistens über soziale Kontakte vermittelt, sei es in Form persönlicher Kontakte – diese haben sich insbesondere im Kreis Heinsberg als hilfreich erwiesen – oder in Form von institutionalisierten Coachings (Beratung durch Behörden, Verbände, Vereine) und einer sehr persönlichen Betreuung.<sup>4</sup>

Insbesondere in unseren Experteninterviews wurde betont, dass ein Ausbildungsplatz für junge und lernorientierte Geflüchtete die größten Potenziale bietet. Diejenigen Geflüchteten, die bis zum Zeitpunkt des Interviews bereits eine Ausbildung finden konnten, waren sehr zufrieden damit. Auch an einem Studium in Deutschland bestand großes Interesse auf Seiten der Geflüchteten. Allerdings ist der Zugang, aufgrund der höheren Sprachanforderungen, deutlich schwieriger.

Komplizierter stellt sich der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für solche Geflüchtete dar, die bereits über berufliche Qualifikationen verfügen. Die langwierige und keineswegs immer erfolgreiche Anerkennung von Qualifikationen, das häufig geringe Vertrauen von Arbeitgeber\_innen in ausländische Qualifikationen, rechtliche Vorgaben bei reglementierten Berufen sowie mangelnde Sprachkenntnisse stellen hier zentrale Barrieren dar.

### Ergebnisse: Soziale Beziehungen

Im Hinblick auf den Aufbau neuer lokaler Netzwerke und ihre Bedeutung für die Integration zeigt unsere Untersuchung, dass Kontakte zu anderen Geflüchteten eine wichtige Quelle praktischer Unterstützung und emotionalen Rückhalts darstellen. Solche Kontakte werden zumeist in Wohnheimen, über Integrationskurse, bei Behördengängen oder bei ehrenamtlichen Initiativen geknüpft. Kontakte zu Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft werden vor allem über Sprachkurse und ehrenamtliche Initiativen geknüpft. Die Geflüchteten treten nicht ausschließlich als ‚Empfänger‘ ehrenamtlicher Unterstützung auf, sondern sind zum Teil selbst in verschiedenen Initiativen (z. B. bei der Tafel) oder Einrichtungen (z. B. Seniorenheim, Kindergarten) aktiv. Über diese Tätigkeit können Kontakte auf Augenhöhe geknüpft und ein vergleichsweise leichter Zugang zur Gesellschaft gefunden werden. Gleichzeitig kann die Aufnahmegesellschaft von den Kenntnissen und Fähigkeiten der Geflüchteten profitieren (z. B. durch Dolmetschertätigkeit). Ehrenamtliche Initiativen und die Möglichkeit ehrenamtlicher Tätigkeit für Geflüchtete können somit als wichtiges Medium der Integration betrachtet werden.

Kontakte zu Familienmitgliedern, Verwandten und Freund\_innen, die sich schon länger in Deutschland befinden, stellen für einige Neuzugewanderte eine wichtige Unterstützung gerade zu Beginn des Aufenthaltes dar (z. B. gemeinsame Wohnung mit Geschwistern). Zum Teil verhindern die Rahmenbedingungen der Wohnsitzauflage das Zusammenleben und die gegenseitige Unterstützung von Familienmitgliedern. Die Bedeutung des verwandtschaftlichen Netzwerkes ist individuell sehr verschieden. Der Nachzug von Eltern, Ehepartnern oder Kindern wurde hingegen von fast allen Gesprächspartner\_innen als unabdingbare Voraussetzung für das Einleben gewünscht.

### Ergebnisse: Kommunale Integrationspolitik

Für die Stadt Köln und die Gemeinden im Kreis Heinsberg werden Unterschiede in der kommunalen Integrationspolitik bestätigt, die u. a. von sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort, dem zivilgesellschaftlichen Organisationsgrad und der lokalen Kooperationskultur abhängig sind.<sup>5</sup> In einer großstädtischen Verwaltung wie in Köln konnten wir beispielsweise strategische Überlegungen zu einem planvollen Umgang mit der Integration Geflüchteter beobachten, der allerdings wegen der hohen Zuwanderung nicht durchzuhalten war. Solche strategischen Konzepte zur Integration von Geflüchteten fehlten im Kreis Heinsberg. Überschaubare Verwaltungsstrukturen führten dort aber dazu, flexibel mit den Herausforderungen umgehen zu können. Die Größe einer Verwaltung wie in Köln macht sie schwer durchschaubar, ermöglicht aber aufgrund der Arbeitsteilung ein sehr differenziertes Handeln, das auf die jeweilige Problemlage zugeschnitten ist. In den kleineren Gemeinden des Kreises Heinsberg sind die Aktivitäten zur Integration hingegen stärker an einzelne Persönlichkeiten gebunden, was angesichts der dünnen Personaldecke die Verwaltungsarbeit aber auch anfälliger (bspw. wegen Personalausfällen) macht.

In beiden Untersuchungsräumen sind infolge der Flüchtlingszuwanderung die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen verschiedenen Abteilungen innerhalb der kommunalen Verwaltungen, aber auch zwischen den kommunalen Verwaltungen und externen Akteuren (z. B. Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsunternehmen, ehrenamtlichen Initiativen) intensiver geworden, so dass das gegenseitige Verständnis für die jeweilige Denk- und Arbeitsweise zugenommen hat. Im Verlaufe des Projektes wurde allerdings deutlich, dass der Austausch (auf Augenhöhe) zwischen den ‚steuernden‘ Akteuren der Landesebene und den ‚ausführenden‘ Akteuren auf der kommunalen Ebene von den kommunalen Praktiker\_innen als zu gering eingeschätzt wird.



### Ausgewählte Handlungsempfehlungen

Der Übergang in den regulären Wohnungsmarkt wird durch verschiedene Faktoren erschwert, u. a. durch Vorbehalte seitens der Vermieter\_innen. Unsere Untersuchung hat sowohl in Köln als auch in Heinsberg gezeigt, dass das Auftreten der Kommune als Ansprechpartner gegenüber den Vermieter\_innen Unsicherheiten reduzieren und die Kommunikation erleichtern kann. Mit der Bereitstellung solcher Unterstützungsangebote kann der Übergang Geflüchteter in den Wohnungsmarkt beschleunigt werden.

Die Informationen über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten sollten nicht vornehmlich von Zufall, Engagement und Kontakten einzelner Schlüsselpersonen abhängig sein. Vielmehr sollte die frühe Vermittlung zentraler Informationen über Angebote für verschiedene Ansprüche (Jobs, Ausbildungsplätze, Studiengänge, jeweils benötigte Voraussetzungen und der Weg zu diesen Voraussetzungen) stärker in eine geregelte Form gebracht werden (z. B. in den Orientierungskursen), so dass diese Informationen allen Interessierten zugänglich werden.

Die Geflüchteten sollten vorab (bspw. in den Orientierungskursen) über den Ablauf und die Rahmenbedingungen von Praktika informiert werden und auch grundlegende Informationen zu ihren Arbeitnehmerrechten erhalten, damit eine mögliche Ausbeutung durch Arbeitgeber\_innen verhindert wird.

Die ehrenamtliche Tätigkeit Geflüchteter sollte mehr Anerkennung erfahren und stärker als bisher als Integrationsleistung der Geflüchteten gewürdigt werden. Eine stärkere mediale Aufmerksamkeit für die Leistungen von Geflüchteten kann zu einem positiveren Bild von Geflüchteten in der Gesellschaft beitragen und damit auch ihre Integration in die Gesellschaft erleichtern.

Die Möglichkeiten zum Austausch zwischen Akteuren aus Kommunen und Akteuren der Landesebene sollten stärker ausgebaut werden, um Informationsflüsse und das gegenseitige Verständnis zu verbessern.

### Literatur und Anmerkungen

**1** - Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung, Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Arbeitspapiere 40).

**2** - Vgl. auch Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

**3** - Vgl. auch Doornik, Jeroen/Glorius, Birgit (2016): Refugee Migration and Local Demarcations: New Insight into European Localities. In: Journal of Refugee Studies 29, Nr. 4, S. 429-439.

**4** - Vgl. auch Gericke, Dina/Burmeister, Anne/Löwe, Jil/Deller, Jürgen/Pundt, Leena (2018): How do refugees use their social capital for successful labor market integration? An exploratory analysis in Germany. In: Journal of Vocational Behavior 105, S. 46-61.

**5** - Vgl. Schammann, Hannes/ Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf> (Zugriff: 08. Okt. 2018).

---

### Über die Autor\_innen

**Prof. Dr. Carmella Pfaffenbach** – Professorin für Kulturgeographie an der RWTH Aachen.

**Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt** – Professor für Stadt- und Regionalforschung an der Universität Bonn.

**PD Dr. Günther Weiss** – Privatdozent am Institut für Geographiedidaktik der Universität zu Köln.

**Dr. Stefanie Föbker** – Postdoc am Geographischen Institut der Universität Bonn.

**Francesca Adam (M.Sc.)** – Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Lehr- und Forschungsgebiet Kulturgeographie der RWTH Aachen.

**Daniela Imani (M.A.)** – Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geographischen Institut der Universität Bonn.

---

### Impressum

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.),  
Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080,  
E-Mail: [info@fgw-nrw.de](mailto:info@fgw-nrw.de), [www.fgw-nrw.de](http://www.fgw-nrw.de)

**Geschäftsführender Vorstand:** Prof. Dr. Dirk Messner,  
Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

**FGW-Themenbereich:** Integrierende Stadtentwicklung  
Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied (Hrsg.)  
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent (Hrsg.)

**Layout:** Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

**Förderung:** Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes  
Nordrhein-Westfalen

**Erscheinungsdatum:** Düsseldorf, Februar 2019

**ISSN:** 2512-4765

---

**Erfahren Sie mehr in der Studie:**

FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung 12  
[www.fgw-nrw.de/studien/stadtentwicklung12.html](http://www.fgw-nrw.de/studien/stadtentwicklung12.html)

